

Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2014-10-15

Dezernat/ Amt: II / Amt für Finanzen
Bearbeiter/in: Frau Corbie
Telefon: 545 - 1304

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

00116/2014

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss
Ausschuss für Finanzen
Hauptausschuss

Betreff

Bericht über die Ergebnis- und Finanzrechnung 31.08.2014

Beschlussvorschlag

Der vorgelegte Bericht wird durch den Hauptausschuss und den Ausschuss für Finanzen zur Kenntnis genommen.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

In der Stadtvertretung am 03.09.2012 wurde das Berichts- und Bewirtschaftungskonzept der Landeshauptstadt Schwerin (BBK) beschlossen.

Im Pkt. III 2 b sind für die Verwaltungsleitung und die Vertretungsgremien die Berichtstermine 30.04., 31.08. und 31.12. festgelegt.

Hiermit wird der Bericht zum 31.08.2014 vorgelegt.

Erstmalig mit dem Bericht zum 31.05.2014 wurde die Prognose aus H&H heraus erstellt. Diese Funktion stand bisher nicht im jetzigen Umfang zur Verfügung und entspricht auch noch nicht vollständig unseren Anforderungen. Aus Gründen der Arbeitserleichterung für die Fachbereiche wurde dennoch die Nutzung dieser Funktion entschieden. Im Weiteren ist sowohl das Verfahren der Prognoseerstellung als auch die Form der Berichte aus dem Verfahren zu qualifizieren.

2. Notwendigkeit

Die Berichtspflicht ergibt sich aus dem BBK.

3. Alternativen

Keine

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

Keine

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

Keine

6. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja (bitte Unterabschnitt a) bis f) ausfüllen)

nein

a) Handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe: ja/nein

b) Ist der Beschlussgegenstand aus anderen Gründen von übergeordnetem Stadtinteresse und rechtfertigt zusätzliche Ausgaben:

c) Welche Deckung durch Einsparung in anderen Haushaltsbereichen / Produkten wird angeboten:

d) Bei investiven Maßnahmen bzw. Vergabe von Leistungen (z. B. Mieten):

Nachweis der Unabweisbarkeit – zum Beispiel technische Gutachten mit baulichen Alternativmaßnahmen sowie Vorlage von Kaufangeboten bei geplanter Aufgabe von als Aktiva geführten Gebäuden und Anlagen:

Betrachtung auch künftiger Nutzungen bei veränderten Bedarfssituationen (Schulneubauten) sowie Vorlage der Bedarfsberechnungen:

Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für das Vermögen der Stadt (Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Sinne des § 9 GemHVO-Doppik):

Grundsätzliche Darstellung von alternativen Angeboten und Ausschreibungsergebnissen:

e) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung des aktuellen Haushaltes (inklusive konkreter Nachweis ergebnis- oder liquiditätsverbessernder Maßnahmen und Beiträge für Senkung von Kosten, z. B. Betriebskosten mit Berechnungen sowie entsprechende Alternativbetrachtungen):

f) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung künftiger Haushalte (siehe Klammerbezug Punkt e):

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: -

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: -

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

Anlagen:

Bericht über die Ergebnis- und Finanzrechnung 31.08.2014

gez. Angelika Gramkow
Oberbürgermeisterin